F. J. M. Rehse Archiv f. Zeitgeschichte u. Publizistik München

Einzelpreis M. 1.—

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis: Im Inland durch die Post monatlich M. 8,—, vierteljährlich M. 24,—, unter Streifband im Inland und Deutschösterreich monatlich M. 12,—, vierteljährlich M. 36,—, im übrigen Ausland monatlich M. 18,—, vierteljährlich M. 54,—. Postscheckkonto Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., München 11346. — Geschäftsstelle: München Thierschstraße 15. — Fernruf 20647 — Geschäftszeit 8—12 u. 2—6 Uhr, Samstag 8—1 Uhr. — Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen auswärts brutto M. 5,—, für München M. 4,— mit entsprech. Nachlaß. Reklamezeile M. 16,—, Finanzanzeigen netto M. 4,—. Familienanzeigen M. 2,50, Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) M. 2,50. Schriftleitung: Schellingstraße 41/I. Fernruf 20647.
Drahtanschrift: Beobachter, München. — Sprechstunden der Schriftleitung: Täglich von 10—12 Uhr vormittags.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Leiter: Dietrich Eckart

Ausgabe 45 | München (Mittwoch), den 7. Juni 1922 | 36. Jahrgang

Schimmelbildung im Münchener Stadtrat

Zu unserer innigen Freude hat der Herr 1. Bürgermeister auf unsere bescheidene Anfrage im hochwohllöblichen Hauptausschuß über die Gründe, welche die Vernichtung von 26 Zentner Fleisch an der Städt. Freibank notwendig machten, geantwortet. Er verlas das Schreiben der Direktion des Schlacht- und Viehhofes.

Da der Bericht der „M. P." unter dem Titel „Deutschvölkischer Skandal" segelte, glaubten wir, ein pomphaftes Dementi zu finden, und waren angenehm überrascht, als wir im Grunde nur eine Bestätigung unserer Beobachtungen fanden:

Wir hatten die Menge des verdorbenen Fleisches auf 26 Zentner geschätzt, jetzt erfahren wir, daß es 28 waren! Und zwar von einer Gesamtmenge von 118 Zentnern. Also fast ein Fünftel des ganzen Fleisches war verfault!

Die „Erklärungen" des Schriftstückes sind geradezu ein Prachtstück an Logik. Anfangs heißt es: „Die Qualität des Gefrierfleisches war an sich (!) vorzüglich, nur (!!) mußten infolge von Schimmelbildung an der Oberfläche (!) größere Partien abgeschnitten werden . . ." Und gleich darauf: „Die notwendige Vernichtung dieser Fleischmenge (28 Zentner) ergab sich also aus dem mangelhaften Zustande des Fleisches selbst (!)."

Nanu: Einmal ist das Fleisch „an sich" „vorzüglich", dann ist es plötzlich „selbst" in „mangelhaftem Zustande". Was ist nun wahr? Auch muß die „Oberfläche" des „an sich" guten Fleisches recht tief gereicht haben, um ganze 28 Zentner (wie wir hören. sollen es sogar noch mehr sein) herauszuschneiden. Von Liederlichkeit könne keine Rede sein, die Verwaltung der Freibank sei unermüdlich bestrebt, der „notleidenden Bevölkerung ein möglichst billiges und für den menschlichen Genuß taugliches (kommt Aas für Raubtiere etwa auch in Betracht?) Fleisch bester Qualität zu besorgen".

Nun sind wir aber sehr neugierige Leute. Wir wollen noch auf folgende Fragen eine offenherzige Antwort haben:

Ist das in Rede stehende Gefrierfleisch von weither gekommen? Ist es an anderen Stellen, ehe es nach München kam, abgelehnt worden? Haben sich auch in München selbst Leute gegen die Annahme des Fleisches, weil es ihnen stinkend schien, ausgesprochen? Wurde der Preis von 20 M. auf 15 M. pro Pfund aus reiner Menschenfreundlichkeit herabgesetzt, oder weil die Leute eine unerklärliche Scheu vor dem „an sich vorzüglichen" Fleisch hätten?

Wir wären Herrn Bürgermeister Schmidt für die Beantwortung dieser Fragen sehr dankbar. Und damit alles in einem Aufwaschen geht: Ist ihm bekannt, ob in der Freibank kürzlich in aller Stille für 16000 M. Räucherwaren vernichtet worden sind? Und wenn ja, ob auch hier der Grund „Schimmelbildung und oberflächliche Fäulnis" war oder die „an sich vorzügliche" Ware?

Mit uns wären Tausende Münchener Frauen und Männer dem Stadtvater zu Dank verpflichtet, wenn der gute Ruf Münchens durch ein belegtes amtliches Dementi aller unserer Anfragen wiederhergestellt werden würde.

Wir werden dann wohl auch die Gelegenheit zu besonderer Danksagung nicht ungenützt vorübergehen lassen und namentlich der Privatfirma, die der Freibank den Vorschlag zum Verkauf des Fleisches machte, deren Vorstand aber nicht genannt wurde (großmütige Zurückhaltung und Bescheidenheit?), die Würdigung ihres Verdienstes nicht vorenthalten.

Ebert auf dem Kriegspfad

Herr Ebert, der Amtsunendliche, begibt sich zur Kur in ein Bad und gedenkt, nachdem er sich dort die nötige Stärke ankuriert hat, das Land der Lerchen und der Felder und der Reaktion heimzusuchen. Das ist ein weiser, neudeutscher politischer Staatsgedanke, sich vor einem Regierungsgeschäft einer Kaltwasserbehandlung zu unterziehen. Mit dem sympathischen Takt, den die „M. N. N." an Ebert entdeckt haben, wird es ihm ein leichtes sein, bei seinem Einzug in München die Massen auf den Bauch zu zwingen. Hier wäre also die Bäderkur gar nicht erst notwendig gewesen — Takt ist alles —, aber man hat ja in Bayern auch mit der Reaktion zu rechnen, und eine Auseinandersetzung mit ihr wird wohl neben der Gewerbeschau der schwierigste Teil in Eberts Münchener Sendung sein.

Bei der bayerischen Reaktion sieht es allerdings auch trostlos aus, da kann eine Anwesenheit Eberts nur klärend wirken. Zuerst verbrennt man ihm auf dem Bahnhof seine schwarzrotgoldene Bauchbinde, dann macht man ihn darauf aufmerksam, daß München nicht am Jordan liege und für seinen Besuch keinerlei Notwendigkeit erkennen könne, da Typen wie er bereits in genügender Anzahl aus den Kreisen an der Au die Urwüchsigkeit des Münchener Straßenbildes den Fremden gegenüber betonen. Das alles aber könnte die taktvolle Urwüchsigkeit des Herrn Reichspräsidenten noch verschmerzen. Nun aber erfährt er durch seine Hofzeitung, das „Berliner Tageblatt", daß unter seiner republikanischen Regierung in einem von ihm abhängigen Freistaat ein ehemals dort Ministerpräsident gewesener und annoch Regierungspräsident seiender gewisser Herr von Kahr auf die Frage: „Was Deutschland not tut" die Antwort gibt: „Abkehr von der jüdisch-materialistischen Weltanschauung und Rückkehr zur christlich-germanischen sowie Rückkehr zur Monarchie."

Nun hält es Herr Ebert nicht mehr aus. Schnell ins Bad, und dann auf nach München! Seine Hofzeitung zeichnet einstweilen den Feldzugsplan. Herr v. Kahr hat künstlich Gegensätze innerhalb des deutschen Volkes gezüchtet. Einen Unterschied zwischen germanischer und jüdischer Weltanschauung gibt es nicht. Das ist vermutlich auch Eberts Meinung, denn er kennt nur die jüdische, und von der germanischen weiß er nichts, da er seine Weltanschauung aus koscheren Blättern zu beziehen pflegt und ihnen seine Hochachtung bezeigt. Dieser koscheren Weltanschauung geht natürlich auch eine deutsche Monarchie auf die Nerven, deshalb wird auch schon der General namhaft gemacht, der die Sturmtruppen gegen die Reaktion zu führen haben wird. Es ist das der von den Demokraten als Amtsnachfolger Eberts in Vorschlag gebrachte frühere General Deimling, der als Nestbeschmutzer kürzlich „das Ganze sammeln" blasen ließ, worauf die ganze Blase beschloß, daß die „Sammlung nur auf dem Boden der demokratischen Republik erfolgen kann". Gleichzeitig wundert sich diese Zeitung, daß Herr v. Kahr noch aktiver Regierungspräsident ist, denn nach demokratischer Gepflogenheit gibt es keine freie Meinungsäußerung. Da wundern wir uns ebenfalls, daß eine Zeitung wie das „Berliner Tageblatt" im kaiserlichen Deutschland erscheinen konnte, daß ein Mensch wie Scheidemann Vizepräsident des kaiserlichen Reichstages sein durfte, und so vieles anderes mehr.

Doch das alles nur nebenbei. Herr Ebert wird uns ja Gelegenheit geben, wenn ihn sein Kriegspfad nach Bayern führt, uns mit diesen demokratischen Gepflogenheiten auseinanderzusetzen. Hoffentlich werden sie rein sachlich und leidenschaftslos, d. h. mit sympathischem Takt geführt, so daß Herr Ebert nicht infolge Überanstrengung zu einer Nachkur das Bad, in dem er sich gegenwärtig befindet, aufzusuchen gezwungen ist. Für alle Fälle freilich wird es ratsam sein, die Zimmer dortselbst nicht abzubestellen.

H—s.

Ein neues Uniformverbot in Sicht!

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, wird im Schoße des Reichskabinetts zur Zeit über einem Gesetzentwurf gebrütet, der das Verbot des Uniformtragens zu einem gesetzlichen Dauerzustand der deutschen Republik erheben soll. Wir zweifeln durchaus nicht an der Richtigkeit dieser uns zugegangenen Mitteilung, ebensowenig, als wir uns mit der Hoffnung tragen, daß diese den Geist von Weimar klassisch offenbarende Regierungsvorlage vom derzeitigen deutschen Reichstag etwa abgelehnt werden könnte. Solche Optimisten sind wir nicht. Aber eine Frage drängt sich hier uns noch auf: Wie werden sich zu diesem Gesetze die verbündeten Regierungen stellen? Wird sich vor allem die bayerische Staatsregierung daran erinnern, daß es hier für sie eine Aufgabe zu erfüllen gibt? Die Aufgabe nämlich, den Rest von Einflußmöglichkeit, den das Weimarer Verfassungswerk den „Ländern" noch gelassen hat, auszunützen, um diesen nationalen Skandal zu verhindern. Und wird sie sich ferner bewußt sein, daß es ihre Aufgabe ist, die Anwendung dieses in Aussicht stehenden Berliner Regierungsmachwerkes innerhalb der weißblauen Landesgrenzen unter allen Umständen zu verweigern.

Nachdem die Schwarzrotgelbe über München weht, ist das nicht mehr zu erwarten.

Protest

Die in den unterzeichneten Verbänden zusammengeschlossenen Offiziere und Soldaten empfinden es als eine tiefe Schmach, daß am hiesigen Bahnhofplatz zur Begrüßung der Gäste weder die bayerischen Landesfarben noch die Farben des alten Deutschen Reiches wehen, unter denen sie im Kriege gefochten und unter denen Tausende von Männern gefallen sind, deren Familien heute München besuchen. Die Verbände nehmen daher dringenden Anlaß, aufs neue gegen die schwarzrotgelbe Fahne der deutschen Republik lauten Widerspruch zu erheben und alle vaterländisch empfindenden Kreise aufzufordern, nicht zu ruhen, bis unsere alten ruhmvollen Reichsfarben wieder eingeführt sind.

Nationalverband Deutscher Offiziere.
Deutscher Offiziersbund.
Verband der Offiziers-Regiments-Vereine.
Verband nationalgesinnter Soldaten.

Wirtschaft und Politik

Die Worte „Wirtschaft", „Mehrproduktion", „Arbeitsfreudigkeit" usw. sind heute zur gangbaren Ware innerhalb weitester Kreise geworden. Alle haben die heutige parlamentarische Parteipolitik satt, und so kommt dieses Gefühl den neuen Sirenenklängen entgegen, welche von Wirtschaft und von Politik als von einander unabhängigen Dingen sprechen. „Die Wirtschaft ist unser Schicksal", sagte Rathenau auf der Industriellentagung in München. Und die Zuhörer haben das geglaubt. Aus dem Gesichtspunkt der „wirtschaftlichen Vorteile" beurteilen deutsche Industriekreise den Vertrag zu Rapallo, ohne daß ihnen die Erkenntnis dämmert, daß dieser Vertrag nichts weiter ist als eine Kulisse, hinter welcher ein politisches Manöver abgehalten wird, das diesen Industriellen den Hals kosten wird, wenn es nicht unterdrückt werden kann.

Genau so liegen die Dinge mit der „Mehrproduktion". Für Abschaffung des Achtstundentages, Intensivierung der Arbeit usw. wird heute Stimmung gemacht. Handelsminister Hamm preist das als Anfang und Ende seiner Weisheit; niemand aber sagt die Wahrheit, daß diese „Intensivierung der Arbeit" heute weiter nichts bedeutet als die Verstärkung unserer Fron, daß sie eine weitere Überanstrengung unseres Volkskörpers darstellt, den Ausblutungsprozeß beschleunigt. Denn die Produktion, die uns, angeblich, zur Freiheit verhelfen soll, wandert als „Wiedergutmachung" durch die Hände „unserer" Reichsregierung in die Riesentaschen der Bankiers von London und Newyork. Je mehr Deutschland leistet, um so mehr „Erfüllung" unserer „Verpflichtungen" wird Rathenau versprechen. Auch über diese Verkettung zwischen Politik und Wirtschaft wird das deutsche Volk Tag für Tag belogen.

Genau so liegen die Dinge heute mit den Streiks. Es kann durchaus Verhältnisse geben, in denen sich die Massen geschlossen gegen kleine Ausbeutergruppen zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen wenden müssen. In der heutigen politischen Situation aber ist der Streik ein Schnitt ins eigene Fleisch. Denn er begünstigt das Fallen der Mark, was das Steigen der Werte der Rohmaterialien des Unternehmers zur Folge hat, die schließlich allein einen größeren Wert darstellen wie früher die ganzen Fertigprodukte; zahlt er zudem nicht die Gehälter während des Streiks, so hat er nicht selten ein zehnfaches Geschäft gemacht und kann ruhig eine Gehaltserhöhung bewilligen. Dieser Wirtschaftsstreit zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer aber findet wiederum seine politische Ausnutzung durch Mächte, die ein Interesse an der dauernden Zerklüftung des deutschen Organismus haben. Das sind unsere Feinde jenseits der Grenzen und die jüdischen Banken in Deutschland selbst. Durch „Unterstützung" beider Teile haben sie sie beide von sich abhängig gemacht und spielen nun schon seit Jahren eine Kraft gegen die andere aus. Sie spekulieren auf das Fallen der Mark und rufen durch ihre „Arbeiterblätter" zum Streik auf. Das Geschäft wird gemacht, dann wird der Streik abgestoppt durch Zerspaltung der Arbeiterschaft, Druck auf den Unternehmer, Vertröstung auf eine kommende erfolgreichere Aktion usw. Solange nicht von seiten der deutschen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ihre gegenseitige Zusammengehörigkeit anerkannt worden und gegen die politischen Hetzmittel des Bank- und Sowjetjudentums gerichtet ist, solange ist alles vergebens. Eines aber muß auch der verhetzteste Arbeiter sich fragen: Wenn ich um zwei Stunden Wochenzeit streike, warum treten wir 60 Millionen nicht in einen Streik gegen die 30 Wochenstunden, die wir im Dienste des westlichen Kapitalismus schuften? Warum ruft kein Arbeiterblatt hier zum Widerstand auf? Warum predigt die ganze „deutsche" Bank- und „Arbeiter"presse vereint hier restlose Erfüllungspolitik?

Nun, weil diese sogenannte Arbeiterpresse durch das Ablenken der Massen auf kleinere Übel und durch zugeworfene Brocken die politischen und wirtschaftlichen Geschäfte des internationalen Kapitalismus besorgt. Deshalb muß alles, was aus Deutschland ausgeführt werden kann, nach London und Newyork wandern, deshalb werden unsere Goldbestände dort deponiert oder die Auslieferung des Restes verlangt, deshalb kauft man von seiten des „Freistaates" Gold, Platin, Silber und Brillanten vom Publikum, um das Erlangte zur „Begleichung unserer Verpflichtungen" zu verwenden, deshalb predigt man Erfüllungspolitik.

Ein Musterbeispiel, welche Sorte Arbeiterführer das deutsche Volk duldet, ist der **U.S.P.-Führer Max Cohen, Jude und von der Regierung entsandter Vertreter im Reichswirtschaftsrat, wo er in der Zwölferkommission über die Frage der Arbeitszeit in den gewerblichen Betrieben sein „Gutachten" abzugeben hat. Dieser Mann schrieb unlängst einen** langen **Aufsatz: „Achtstundentag und Produktion"** („Deutsche Konfektion", 27. Mai 1922, Heft 1212), der an Zynismus seinesgleichen sucht. **Es wird zuerst betont, daß die Frage des Achtstundentages „von der wirtschaftlichen Seite"** betrachtet werden müsse. Er selbst, der Arbeiterfreund Max Cohen, sei ein Anhänger des Achtstundentages, aber „nur nicht in diesem Augenblick, wo Deutschland alles (!!!), was an Kraft in ihm ist, hergeben muß (!!), wenn es wieder in die Höhe kommen will". Die Verlängerung der Arbeitszeit ergibt sich aus dieser Erkenntnis; selbstverständlich eine freiwillige, jeder Arbeiter müsse eben einsehen, daß es nicht anders ginge. Und wozu das alles? „Es ließe sich ganz gewiß einrichten, daß das Plus, das durch eine Verlängerung der achtstündigen Arbeitszeit erzielt würde, nicht den Arbeitnehmern zufiele, sondern in einen **Reparationsfonds** (vom Autor fett gedruckt) abgeführt würde, der zur Abtragung unserer Kriegslasten zu dienen hätte."

Also: Der Unternehmer in Deutschland soll nichts erhalten, wohl aber die Erpresser außerhalb Deutschlands. Trotzdem der Jude wissen muß, daß die „Reparationen" derart riesig sind, daß sie nicht bezahlt werden können, auch wenn alle Deutschen 20 Stunden täglich arbeiten würden, ganz gleich, er höhnt weiter: „Opfer müssen alle (!) deutschen (!) Menschen bringen, und die nächste Zukunft wird nicht hell für Deutschland sein. Es ist nur (!) die Frage, über wieviele Generationen (!!) sich das Dunkel erstrecken soll, an sich vermeidbar ist es nicht mehr."

Das wagt ein „Arbeiterführer" heute seinen Gefährten ins Gesicht zu schleudern. Die Freiheit wurde am 9. November als „vollendet" gepriesen, das neue Reich ein „Freistaat" genannt, und jetzt wird von Generationen eine wortlose Fronarbeit für den internationalen Weltkapitalismus gefordert.

Versteht ihr jetzt, was Zinsknechtschaft ist, die gebrochen werden muß, wollt ihr, deutsche Arbeiter, Bauern, Ingenieure, Beamte usw., nicht elendig mit euren Kindern und Kindeskindern verrecken? Es ist die Organisierung des wirtschaftlichen Nationalstreiks des deutschen Volkes gegen die „Reparationen", es ist die politische Kampfansage an die heutigen betrügerischen Usurpatoren des Deutschen Reiches, und es ist ein völkischer, großdeutscher Befreiungskampf für germanische Lebensauffassung. Hier gibt es keine Kompromisse, keine Halbheiten, sondern nur Sieg oder Niederlage. Was deutsches Mark in den Knochen hat, wird sich zu uns schlagen.

R.

Der Judenkronprinz

Seit langem schon sind jüdische Kommerzienräte unterwegs, um in deutschnationalen Kreisen ihre „Hilfe" für den Fall der Wiedereinführung einer Monarchie anzubieten. Die Veröffentlichung der bekannten „liberalen" Kronprinzenbriefe scheint uns auch nicht zufällig. Und jetzt hat der ehemalige deutsche Kronprinz eine programmatische Erklärung abgegeben. Sie lautet: „Weg mit den verhetzenden Schlagworten, die allen inneren Zwist verewigen und nicht zur Ruhe kommen lassen. Nicht das kann unser Ziel sein, einander immer wieder vorzuwerfen, wer nach der Meinung des andern den Topf zerschmissen hat! — Einen neuen brauchen wir statt der Scherben! Und irgendwie waren wir Sünder allzumal. Möge sich jeder, der heute berufen wird, des deutschen Volkes Schicksal an führender Stelle mitzuleiten, der ganzen Schwere seiner Pflichten bewußt sein! Möge das sonst mißbrauchte und mißdeutete Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen!" endlich Wahrheit werden! Nur die besten gehören an das Steuer! Die erprobtesten Fachkenner, die Tüchtigsten und Härtesten hervor! Nicht darum, ob sie von rechts oder von links kommen, ob sie „Vergangenheiten" haben oder nicht, ob sie Republikaner sind oder Monarchisten, Unternehmer oder Arbeiter, Christen oder Juden, geht die Frage, sondern nur darum, ob sie als ehrliche, deutschfühlende Männer gewillt sind, mit allem ihrem Können als geschlossene Kraft am Aufbau zu wirken: einig nach innen — stark nach außen!"

Diese Worte stehen auf der vorletzten Seite seiner Erinnerungen. Das „Hamburger Isr. Familienbl." meint, die „interessieren vor allem". Das scheint uns auch so. Sie haben „vor allem" die monarchistischen Kreise **zu interessieren; denn für sie ergibt sich daraus eine einzige Folgerung: daß Friedrich Wilhelm als ihr Kandidat endgültig erledigt sein muß.** Er hat gezeigt, daß er inmitten seiner sentimentalen Selbstbetrachtungen nicht das geringste Gefühl für das Streben des deutschen Volkes hat und für die Schmach, die diesem angetan wird.

Wie seid ihr auf den Hund gekommen, ihr Hohenzollern!

Jüdische Frechheit

Aus Breslau wird uns geschrieben:

Am letzten Sonntag, 28. d. M., um 11½ Uhr mittags, kam ich die Neue Schweidnitzer Straße und Schweidnitzer Straße entlang, die in Breslau die Hautverkehrsstraße ist, und immer, wie auch zu genanntem Zeitpunkte, sehr belebt ist. Am Tauentzienplatz kam mir plötzlich unter lebhaften Hupenzeichen, um die Aufmerksamkeit zu erregen, ein Lastkraftwagen in mäßiger Fahrt entgegen. Derselbe war vollgepfropft mit gut 60—70 schwarzgekrausten Jünglingen des „Uradels vom Libanon", und trug an seinen Seiten mit großen Buchstaben die Aufschrift: „Bar Kochba" (d. i. der Name eines hiesigen jüdischen Sportvereins). Der Umzug der „Ritter vom krummen Profil" — anders kann man es nicht nennen — bewegte sich Richtung Kaiser-Wilhelm-Straße nach dem Villenvorort Kleinburg, wo die reiche Judenschaft wohnt, und sich, nebenbei gesagt, zur Zeit eine Anzahl eleganter neuer Villen baut. Eine Anzahl der Insassen des Kraftwagens schwenkte lebhaft die blau-weißen alljüdischen Nationalflaggen; auf dem Führersitz neben dem Wagenführer stand ein solcher Jüngling und schwenkte eine nicht gerade kleine Fahne, die auf dem weißen Fahnentuch einen großen blauen Davidstern zeigte, in herausfordernder Art! Jedem einzelnen konnte man ansehen: „Seht, hier sind wir!" So ein Umzug ist vielleicht keine Provokation der deutschen Bevölkerung, zumal am christlichen Sonntag? — Beileibe nicht. Eine solche Provokation ist es vielmehr, wenn ein einzelner Deutscher sein Hakenkreuz trägt; das provoziert; dem muß die Kleidung abgerissen werden (wie unlängst geschehen); aber ein öffentlicher Umzug mit Judenfahnen und Davidstern — ja, das ist selbstverständlich, zumal hier im Einfallstor des Ostens. Die Zustände, wie sie sich hier, besonders in letzter Zeit, entwickelt haben, sind nahezu unerträglich. — Bezeichnend ist es auch, daß der am 1. Mai stattgehabte Umzug zur Maifeier, zu dem die verschiedenen Sammelplätze usw. in der „Volkswacht" des Juden Birnbaum ganz in der Art eines ehemaligen militärischen Befehls — der verfluchte Militarismus! — bekanntgegeben waren, in diesem Jahr zum ersten Male die Arbeiter-Bataillone unter dem Klange der alten Militärmärsche auch nach Kleinburg—Kaiser-Wilhelm-Platz führte, in jene vornehmste Gegend, wo ihre Zwingherren, das reiche Alljuda, im höchsten Luxus wohnt, und, zufrieden lächelnd, die Parade über seine Judenschutztruppe abnahm. . . .

Lz.

•

In Breslau versuchte ein jüdischer Reisender, Felix Ohrenstein aus Leipzig, geboren in Kumaczyk (Österreich), an Mitglieder des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes Bücher zu verkaufen, insbesondere auch ein Buch: „Der Jude in der Karikatur" zum Preise von 480 M., evtl. auf Abschlagszahlung. Dieser Ohrenstein, welcher als Jude die Frechheit besaß, die Namen von deutschvölkischen Mitgliedern zu ermitteln und versuchte, seinen Widersachern seine eigenen Stammesgenossen „in der Karikatur" zu verkaufen, hatte in Breslau wenig Erfolg. Gleich bei dem ersten Besuch, welchen er mit dem Hakenkreuz geschmückt bei einem Mitgliede des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes machte, wurde er entlarvt und der Polizei übergeben.

Es wurde festgestellt, daß er als Ausländer ohne einen Gewerbeschein herumreist, und daß er sich in Breslau in einem christlichen Hospiz am Tage zuvor mit einer fremden Ehefrau aus Brieg eingemietet hatte.

Auch die Kumpanin wurde von der Polizei festgenommen, und dürfte die Folgen ihrer Entgleisung zu tragen haben.

Einladung

Am Sonntag, den 25. Juni 1922, nachmittags halb 3 Uhr veranstaltet die Sektion Haidhausen, Bogenhausen und Giesing der national-sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in der Waldrestauration „Alt-Stadelheim" (Stadelheimerstr. 1) ein großes

Gartenfest mit Sonnwendfeier

Im Garten **Kapelle Peuppus.** — Im Saale **Tanz** (nur deutsche Tänze)

Volks- und Kinderbelustigungen aller Art
Glückshafen

Abends: Deutsche Sonnwendfeier
(Sonnwendrede: Dietrich Eckart)

Alle Parteigenossen sind hierzu herzlichst eingeladen.
Gäste willkommen.
Bei schlechter Witterung findet das Gartenfest am darauffolgenden Sonntag statt.
Näheres wird noch plakatiert.

Die Gewinne des Glückshafens werden zusammengestellt aus freiwilligen Spenden (in Gegenständen oder Geldzuweisungen) und bitten wir unsere Parteigenossen, soweit es ihre Mittel gestatten, ihr Schärflein hierzu noch beizutragen. Der Reinertrag des Glückshafens fließt zur Unterstützung armer Kinder für das kommende Weihnachtsfest zu.

Die Geschenk-Abgabe kann bei Pg. Eduard Koller, Johannisplatz 12 (Laden) oder im Parteilokal Corneliusstraße 12 erfolgen.

Der Festausschuß
I. V.: Jakob.

Jüdischer Ueberfall auf einem Deutschvölkischen

Die Dinge spitzen sich in Deutschland zur Entscheidung zu. Der Zionistenführer Weizmann hat einmal den Ausspruch getan: „Es gibt eine Judenfrage, die blutig werden kann." Die von Juden betriebene Bolschewisierung Deutschlands dient offenbar diesem Zweck. Mit ihrer Hilfe versucht Alljuda seine Herrschaftsstellung in Deutschland zu sichern. Allerhand Vorgänge in der jüngsten Zeit deuten darauf hin, daß Juda seine Macht auszunützen trachtet. Die vielfachen Sprengungen deutschvölkischer Versammlungen durch von Juden verhetzte Proletarier lassen erkennen, daß Juda nun aufs Ganze geht. Diesem verbrecherischen Treiben setzten Würzburger Juden die Krone auf. Als am Himmelfahrtstage in Würzburg der Hauptgeschäftsführer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, Herr Alfred Roth aus Hamburg, in einer öffentlichen Versammlung über „Deutschlands Erwachen" einen mit stürmischer Zustimmung aufgenommenen Vortrag gehalten hatte, verlangte ein Jude Paul Wolff das Wort zur Aussprache. Das wurde ihm gewährt. Anstatt nun aber die Darlegungen des Redners zu besprechen, erging sich der jüdische Jüngling in furchtbarer Aufregung in persönlichen Beschimpfungen des Vortragenden, um sich dann plötzlich und unversehens auf Herrn Alfred Roth zu stürzen mit dem Rufe: „Der gemeine Vortrag verdient Hiebe!", wobei der Jude zu tätlichem Angriff auf Herrn Roth überging. Das bekam dem Juden allerdings schlecht. Ehe er auch nur dem Redner nahe kommen konnte, hatte der Versammlungsleiter, Herr Otto Hellmuth, den Juden gepackt und ihn vom Podium heruntergefördert. Die über den gemeinen und hinterhältigen Vorfall empörte Versammlung war nur mit großer Mühe davon abzuhalten, an dem Judenbengel Lynchjustiz zu üben. Er erhielt für seine Unverschämtheit eine gehörige Tracht Prügel verabreicht. Beim Staatsanwalt wurde zur Verfolgung der heimtückischen Tat Strafantrag gestellt. Es handelte sich dabei offenbar um einen planmäßig vorbereiteten Angriff auf den Redner, denn es befanden sich noch eine ganze Anzahl Juden und Judengenossen im Saale, die fluchtartig die Versammlung verließen, als sie merkten, daß dem Makkabäer seine hinterlistige Tat übel bekam. Der Vorfall zeigt deutlich, wohin Juda die Dinge in Deutschland treiben möchte. Es mag sich hüten, denn seine Drahtzieher und Helfershelfer werden sich dabei die Finger gehörig verbrennen

Land und Stadt

Von Rudolf Löns.

Die natürliche Wirtschaftsform des Menschen auf der Erde ist einzig und allein das Bauerntum. Der rechte, der beste Bauernschlag, wie er z. B. in dem niederdeutschen Vollbauerntum besteht, verkörpert nicht nur die beste Form des Bauerntums, nicht nur die beste Wirtschaftsart, sondern auch das vollkommenste Menschentum überhaupt, das in keiner Hinsicht mehr verbessert werden kann, das auch alle Keime in sich trägt zu allen menschlichen Tugenden, die der bittere Kampf um das vom Bösen bedrohte Dasein von dem schaffenden Menschen fordert.

Da diese Einschätzung des guten Bauerntums dem Durchschnittsmenschen von heute, der auf die meilenweite Überlegenheit des städtischen Geistes eingeschworen ist und an den Blödsinn der Affenabstammung und ständige Selbstveredelung der Menschheit glaubt, als Gotteslästerung seines Götzenbildes und Verrücktheit erscheinen muß, will ich ein ander Urteil hierhersetzen, das der Römer Tacitus vor rund 2000 Jahren über das niederdeutsche Bauernreich gefällt hat, indem er schrieb:

„Diesen ungeheuren Landstrich hat der Chauke (so nannte er den Niedersachsen) nicht nur inne, sondern er füllt ihn auch aus; das angesehenste Volk unter den Germanen, das es vorzieht, seine Größe durch Gerechtigkeit zu behaupten (im Gegensatz zu den Römern, deren Weltmacht auf räuberischen Eroberungen beruhte). Ohne Vergrößerungssucht, ohne Übermut, ruhig, still und abgeschlossen, reizen sie kein fremdes Volk zum Kriege und bedrängen auch keins mit Plünderung und Raub. Und das gerade ist der höchste Beweis ihrer Trefflichkeit und Stärke, daß sie ihr Übergewicht nicht der Gewalttat verdanken. Dennoch sind alle stets schlagfertig, und wenn es not tut, so steht das Heer bereit, Roß und Mann in bedeutender Zahl, und auch im Frieden bleibt ihr Name groß."

Welches Volk, welche Wirtschaftsform und welches Reich kann sich heute einer ähnlichen Vollkommenheit rühmen, welch höheres Maß kann noch an den Begriff der Menschlichkeit gelegt werden?

Die Vollwertigkeit dieses guten Bauerntums beruht auf der Vollständigkeit seiner Höfe. Jeder gute Bauernhof muß groß genug sein, um einem kräftigen und zahlreichen Geschlecht vollen Wohlstand zu gewähren (er darf aber nicht größer sein, als daß dieses Geschlecht ihn mit den eigenen notwendigen Kräften richtig bewirtschaften kann, ohne auf gedungene Arbeitskräfte angewiesen zu sein, ohne daß aber auch wertvolles Land wüst liegen bleiben muß, auf dem die verderbliche Wildnis festen Fuß fassen kann).

Nur auf solchen Wohlstandshöfen sitzende Bauerngeschlechter können ihre gute Art dauernd erhalten, vermehren und ausbreiten (während alle anderen Menschengeschlechter, Kleinbauern und Großbesitzer, Städter und Wilde bald langsamer, bald schneller, je nach Umständen und Lebensweise, von Stufe zu Stufe sinken und endlich dem Untergang verfallen).

Daß heute tausenderlei andere Lehren gelten, ändert nichts daran, daß diese Lehre richtig ist; die Beweise liefert das gesamte Leben überall, wo man es anfaßt.

Das Kleinbauerntum, das heutzutage weitaus den höchsten Anteil an der deutschen landwirtschaftlichen Bevölkerung stellt, ist ein Notzustand aus Mangel an Land, das nicht ausreicht, die zur Arbeitsverteilung notwendige Zahl Leute zu ernähren und infolgedessen die Arbeitskraft der wenigen Leute überanstrengt, während die notwendigerweise viel zu große Menge Vieh und Gerätschaften nicht nach Gebühr beschäftigt und Vieh und Frucht, Hof, Haus und Gerät, verkommt und verfällt. Je kleiner der Hof, desto größer die Not; und muß der Kleinbauer notgedrungen neben seinem Beruf zu einem anderen Erwerb greifen, so hängt seine Lebensmöglichkeit vom Zufall der jeweiligen Marktlage ab, der ihn jeden Tag von seinem kleinen Sitz fortspülen kann ins große, trübe Meer der heimatlosen Stadtwirtschaft.

Der Großgrundbesitz ist ein künstliches Gebilde, entstanden unter der Herrschaft der Gewalt über das natürliche Recht, dessen Grundsatz lautet, daß niemandem mehr Hab und Gut gehören darf, als er zum Besten der Volksgemeinschaft rechtschaffen in Ordnung hält. Der Großgrundbesitz arbeitet mit lauter gedungenen Arbeitskräften, die um den Lohn dienen. Der Besitzer selbst hat nur die geistige Leitung seiner Wirtschaft, wenn er nicht auch diese entlohnten Kräften überläßt und selbst sich anderweit betätigt. Stets aber ist auf dem Großbesitz das beteiligte Volk scharf geschieden in die geistige Oberleitung und das handwerkliche Gesinde, ein Gegensatz, der allzu leicht in Feindschaft ausarten kann. Der Großgrundbesitz sieht sein Hauptziel nicht gleich dem Bauernhof in dem Wohlstand aller an ihm Schaffenden, sondern in dem Herauswirtschaften zeitlich wertvollster Erträge zugunsten des Besitzers; er wirtschaftet also für den Markt, nicht für sich selbst, und darum hängt die Güte der Bewirtschaftung des Großbesitzes ganz und gar von dem Zufall ab, der dem Hof gute oder schlechte Herren, Verwalter und Lohnarbeiter beschert.

Die Massenertrags- (intensive) Wirtschaft des Großgrundbesitzes steht zum Bauerntum im gleichen Verhältnis wie die Großindustrie zum ehrbaren Handwerk. Massenertragswirtschaft und Großindustrie sind zwei feindliche Brüder, die sich tödlich bekämpfen, obgleich beide auf Leben und Tod aufeinander angewiesen sind. Die Großlandwirtschaft braucht die Maschinen, Betriebsstoffe und Kunstdünger, sie braucht Kräfte, Kunst und Wissenschaft der Industrie, um dem Boden und ihren Arbeitskräften trotz der sich von allen Seiten ständig häufenden Schwierigkeiten — die Folge des Niederganges — jene Massenerträge abzuringen, die zur Ernährung der ebenfalls ständig zunehmenden Industriearbeiterschaft — und dazu gehört heute fast die ganze Großstadtbevölkerung — notwendig sind. Verwendung der Maschinen macht Menschenarbeit überflüssig, entvölkert also das Land, der Kunstdünger leert die Ställe vom entbehrlich werdenden Vieh, die Großwirtschaft verödet das Land durch Großflächenanbau nur der jedesmal teuersten Früchte und beraubt dadurch die Wirtschaft ihrer Vollkommenheit, macht sie einseitig und abhängig von der zeitlichen Marktlage. Dafür schafft sie, solange alles gut geht, Massenerträge der angebauten Fruchtarten und, da der Selbstverbrauch gering ist, Massenüberschüsse für die Ernährung der Großstädte. Allein auf diesen Massenüberschüssen an Brotkorn, Kartoffeln und Zuckerrüben beruht der Wert und die Unentbehrlichkeit der Großlandwirtschaft für die Volkswirtschaft von heute. Ohne den auf Massenüberschuß wirtschaftenden Großgrundbesitz kann die Großstadt von heute nicht leben, ohne Großstädte würde aber auch diese einzig berechtigte Art des Großgrundbesitzes ihren Absatzmarkt, damit ihre Lebensmöglichkeit und Daseinsberechtigung verlieren.

Da der Großgrundbesitz aber stets älter ist als die Großstadt — er entsteht ursprünglich regelmäßig durch Landeroberung und durch Knechtung der ansässigen Bauernbevölkerung — so ist er es selbst, der den Anstoß zur städtischen Industrieentwicklung gegeben hat, indem er das Land entvölkerte, so daß der abgedrängte Nachwuchs und Volksüberschuß sich neue Erwerbsmöglichkeiten suchen mußte. Aus diesem Suchen nach neuen Lebensquellen entstand jene Volkswirtschaftsform, die wir heute als Kulturfortschritt fälschlich rühmen, während sie nichts anderes ist und sein kann als ein — und zwar unzulänglicher —

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Mitgliederbeiträge für das erste Halbjahr 1922 sind auf der Geschäftsstelle, Corneliusstraße 12, einzuzahlen.

Nachrichten der Sturmabteilung

Der nächste Ausflug der Sturmabteilung findet am Sonntag, den 11. Juni, statt. Treffpunkt 9 Uhr im Parteilokal, Abmarsch 9½ Uhr. Ausrüstung: Marschanzug, Verpflegung für zwei Tage, Decken, Badehose. Die Musik nimmt am Ausflug teil. Die Abt. „B" wird aufgefordert, sich in möglichst großer Zahl anzuschließen. — Am Mittwoch, den 7. Juni, Unterrichtsabend der S.A. und der Musik. Treffpunkt wiederum äußere Dachauer Straße, Endstation der Linie 24.

Sektionsversammlungen

Voranzeige: Am 25. Juni großes Volksfest mit Sonnwendfeier in der Waldrestauration „Alt-Stadelheim". Jacob.

Montag: Sprechabend im Restaurant „Gärtnerplatz", Gärtnerplatz 5.

Sektion Milbertshofen. Versammlung in der „Georgenschwaige".

Sektion Haidhausen, Bogenhausen und Giesing: Das starke Anwachsen unserer Sektion hat uns veranlaßt, unsere Sektionsversammlungen in ein geräumigeres Lokal zu verlegen. — Die Sektionsversammlungen der Sektion Haidhausen, Bogenhausen und Giesing finden ab Dienstag, den 13. Juni 1922 im Gasthof „Zum Ostbahnhof", Orleansplatz 3, statt. (Großes Nebenzimmer.) Parteigenossen, besucht eure Sektionsversammlungen zahlreich! Gäste willkommen!

Mittwoch: Neuhausen, Restauration Prinz Alfons, Prinz-Alfons-Straße.

Mittwoch: München-Süd, Gasthaus „Schwalbenstein", Ecke Thalkirchner-Reisenstuehlstr.

Donnerstag: Pinakothek und Schwabing, Gasthaus „Allotria", Türkenstr. 33.

Jeden Sonntag: Stammtisch Restaurant „Blauer Bock", Blumenstr. 16 (Hakenkreuzstüberl).

Mitteilungen anderer Ortsgruppen

Ortsgruppe Berchtesgaden. Jeden zweiten und vierten Samstag jeden Monats Sprechabend im Bräustübl. Gäste herzlich willkommen. Auskunft und Formulare bei Georg Angerer, Berghofstr. 77/0 Rgb.

Ortsgruppe Hannover. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, in Kauers Gesellschaftshaus, Voßstr. 12 (Fernruf 7765), Sprechabend mit Vortrag und freier Aussprache. Besondere Einladungen werden nicht mehr ergehen.

Ortsgruppe Mannheim. Jeden Montag, abends 8 Uhr, Sprechabend mit Vortrag im „Alten Fritz", U. 6. 8. Gäste willkommen. Geschäftsstelle und völkische Buchhandlung T. 6. 1.

Ortsgruppe Stuttgart. Es finden in jeder 2., 3. und 4. Woche jeden Monats Mittwoch, abends 8 Uhr, im Nebenzimmer des „Schwarzwälder Hofes", Sophienstraße 10, Sprechabende statt. Die Mitglieder werden gebeten, regelmäßig zu erscheinen und Bekannte mitzubringen.

A. Müller, 1. Vorsitzender.

Die französische Hetze in der welschen Schweiz

4. Der Sprachenkampf.

Die in der Presse unverhohlen zutage tretende Feindseligkeit zeigt sich in ihrer ganzen Schärfe und Gefährlichkeit in den Sprachfragen. Mit allen Mitteln sucht man die Schweiz zu französisieren. Deshalb war man bestrebt, in den Kantonen, wo Deutschschweizer und Welsche nebeneinanderwohnen, ein Übergewicht des französischen Elements herzustellen, zu sichern und zu verstärken. Besonders machte man den Bauern in der schroffsten Weise jedes Recht auf den Besitz von Schulen in ihrer Muttersprache streitig. So veröffentlichte der Pruntruter „Pays" folgende Zuschrift eines Neuenburger Professors: „Es muß nochmals darauf hingewiesen werden, daß die **im Interesse des öffentlichen Friedens notwendige Aufsaugung der Eingewanderten** (Wiedertäufer) nur dann möglich ist, wenn nicht durch den Fortbestand oder die Neugründung deutscher Schulen Sprachinseln entstehen." Entsprechend diesem Grundsatz wurden der deutschbernerischen Bauernbevölkerung in den jurassischen Bergdörfern systematisch Hindernisse bei der Neugründung und Unterhaltung ihrer Schulen in den Weg gelegt; auch in den Kantonen Freiburg und Wallis zeigte sich von jeher eine auffallende Neigung bei Volk und Behörden, das welsche Wesen auf Kosten des Deutschen zu begünstigen. Bis zu welchem Grade der Rücksichtslosigkeit man ging, zeigt schlagend nachstehender Beschluß des jurassischen Lehrertages: Im Berner Jura haben deutsche Schulen keine Daseinsberechtigung. — Wie man auf welscher Seite die Sprachgerechtigkeit auffaßt, geht aus folgender amtlichen Statistik hervor: Im Bezirk Delsberg waren 26,4 Prozent der Bevölkerung deutsch, die aber nur 2,7 Prozent der Schulklassen besaßen. Im Bezirk Münster erlaubte man den 32,7 Prozent Deutschsprechenden 8,8 Prozent der Schulklassen. In Biel zählte man dagegen 32,8 Prozent Welsche mit 37,9 Prozent der Klassenzahl. Beginnen aber die Deutschschweizer ihr Recht zu fordern, so erhebt sich in der gesamten Presse ein Geschrei über Germanisierungsversuche. Der von den Welschen aufgestellte Grundsatz, daß die Minderheit sich im Interesse des öffentlichen Friedens der Mehrheit anzupassen habe, gilt also offenbar nur zuungunsten der Deutschschweizer.

Wie in der Schule, so wurde es auch von jeher in der Amtssprache gehalten. Unter dem System der Privatbahnen stellte die Jura-Simplon-Gesellschaft trotz zahlreicher Beschwerden in dem ausschließlich deutschen Oberwallis fast nur welsche Beamte, die oft kein Wort deutsch verstanden. Auch bei den Bundesbahnen kommt es vor, daß nach Bahnhöfen deutschen Sprachgebiets welsche Beamte versetzt werden, die nicht einmal die deutsch abgefaßten dienstlichen Schriftstücke verstehen. Hochgestellte Beamte veröffentlichen Aufsätze in französischen Zeitschriften über die angebliche Verdrängung der französischen Sprache, um gewissermaßen dadurch die französische Regierung um Unterstützung anzurufen. In Deutschland hatte man für diese Vorgänge kein Verständnis! Man schweigt selbst über Herausforderungen, wie sie sich z. B. die Furkabahngesellschaft leistete, die im Oberwallis die dienstlichen Bekanntmachungen zuerst in französischer, dann italienischer und zuletzt erst in der landesüblichen deutschen Sprache veröffentlichte.

Kein Mittel wird unversucht gelassen, den Kampf gegen die Mundart und das Hochdeutsche zu führen. So schreibt der „Demokrat": „Die französischen Schweizer leiden oft schwer darunter, wenn sie sehen, wie ihre Kinder ein Kauderwelsch radebrechen, das man deutsche Sprache nennt, wie sie darin sprechen, denken und sogar beten lernen." Mit dem Kauderwelsch ist offenbar die ehrliche deutschschweizerische Mundart gemeint. In auffallendem Gegensatz dazu rät ein Neunmalkluger in der Zeitschrift „Wissen und Leben" allen Ernstes, die Mundart als Schriftsprache an Stelle des Hochdeutschen zu setzen: „Das Hochdeutsche soll seinen Platz in den Schulen haben, aber sein Platz ist nicht der der Muttersprache. Es ist wohl eine sehr nützliche fremde Sprache, der man zahlreiche Stunden opfern kann." Der wirkliche Beweggrund alles dieses Strebens ist natürlich der Wille, den Zusammenhang des deutschschweizerischen Geisteslebens mit dem großen deutschen Kulturkreise zu lockern und nach und nach gänzlich zu zerstören; wer nämlich nur seine Mundart beherrscht, nimmt sehr leicht französisch als Schrift- und Umgangssprache an. Gelänge es auf diese Weise, dem Deutschschweizer den lebendigen Rückhalt zu rauben, den ihnen der geistige Austausch mit der deutschen Wissenschaft und Literatur verleiht, so **wäre die Verwelschung der ganzen deutschen Schweiz nur noch eine Frage der Zeit.**

Das zeigt unwiderleglich die Geschichte der Sprachenbewegung in Belgien. Dort hatte die heute noch von etwa ¾ der Bevölkerung, den Flamen, gesprochene niederdeutsche Mundart im Laufe der Jahrhunderte jeden Zusammenhang mit dem Hochdeutschen und Holländischen verloren und dadurch soviel an Widerstandsfähigkeit eingebüßt, daß das von der **Minderheit** gesprochene Französische dem klaren Wortlaut der Verfassung zum Trotz sich zur alleinigen Umgangssprache der belgischen Staatsbehörden aufschwingen konnte. Sogar die in völlig flämischem Sprachgebiet gelegenen Universitäten Gent und Löwen besaßen die rein französische Unterrichtssprache. Erst die deutsche Besetzung Belgiens machte dieser schreienden Ungerechtigkeit, leider nur vorübergehend, ein Ende. — Ebenso empfahl das „Journal de Genève" beim Raube des deutschen Elsaß das Elsässerdütsch an Stelle des Hochdeutschen als zweite Unterrichts- und Umgangssprache zu begünstigen. Ein solches Vorgehen wäre wegen seiner günstigen Rückwirkung auf die „alemannische" Schweiz nur zu begrüßen. — Die Zeitung „Petit Jurassien" sagt: „Das Deutsche soll seiner Rechte als schweizerischer Landessprache verlustig gehen; die drei Amtssprachen der Eidgenossenschaft wären in Zukunft Latein, Französisch und Esperanto. Den Deutschschweizern sei vorläufig noch ihre Mundart als Umgangssprache für den Hausgebrauch zu belassen." Mit aller Gewalt will man die Brücken zum großen deutschen Kulturgebiet abbrechen, indem man mit allen Mitteln die deutsche Sprache zu unterdrücken und verächtlich zu machen sucht. Wir schenken diesen Vorgängen leider viel zu wenig Beachtung und unterschätzen ihre Bedeutung. Halten wir uns stets das Schicksal der Flamen vor Augen und vergessen wir nicht die 2½ Millionen Deutsche in der Schweiz. Unseren Blutsbrüdern in ihrem Kampfe moralisch und durch Aufklärung zur Seite zu stehen, das ist unsere leicht erfüllbare Pflicht, deren Wirkung auch für unser Volk von Segen sein wird.

Fritz Malende, Lausanne (Schweiz).

Neues von Tartarin am Rhein

Uns wird geschrieben: Das Kriegsgericht des Generalstabs der französischen Rheinarmee in Mainz hat am 21. April d. J. wieder einmal gesprochen und sein Urteil über 4 im Dienste der grande nation stehende Elsässer lautete natürlich auf Freispruch. Diesmal jedoch war der Richterspruch selbst den im Gerichtssaal anwesenden Militärstaatsanwälten ein zu starker Tobak, darob sie bedenklich die ergrauten Häupter schüttelten. Laut Protokoll dieser Kriegsgerichtsverhandlung hatten sich am 3. Januar 1922, nachts ½3 Uhr, die als Dolmetscher im Dienst der Interalliierten Rheinlandkommission arbeitenden Elsässer August Mondenschein, Rene Lienhardt, R. Thauneau und Emile Baillot erlaubt, im Bahnhofswartesaal zu Ludwigshafen im betrunkenen Zustande allen deutschen Reisenden die Pässe zu kontrollieren. Aber nicht alle waren Michel, die sich zum Narren halten ließen. Der Händler Franz Bauer aus Marau weigerte sich, seinen Paß vorzuzeigen, worauf die Angeklagten Mondenschein und Lienhardt ihn am Arm nahmen, ihm die Brieftasche abnehmen wollten und ihn schließlich für verhaftet erklärten. Bauer verlangte aber der Bahnhofskommandantur vorgeführt zu werden. Da das betrunkene Quartett nun durchschaute, daß es ihnen an den Kragen gehen könne, gaben sie ihren Verhafteten frei. Dieser jedoch wollte nun auf einmal nicht, und meldete den Vorfall dem wachhabenden französischen Offizier, worauf dieser die 4 Franzosen in Haft nehmen ließ.

Thauneau und Baillot wurden von der Militärstaatsanwaltschaft in Landau bald wieder frei gelassen, während Mondenschein und Lienhardt **wegen Anmaßung eines Amts** 4 Monate in Untersuchungshaft gehalten wurden.

Der Verteidiger Loclerque, Nancy, bestritt, daß die Angeklagten sich ein Amt angemaßt hätten. Die Zeugenaussagen und die des Polizeiwachtmeisters Resch, Ludwigshafen, lauten dahin, daß die Angeklagten sich nicht als französische Geheimpolizisten, sondern als Angestellte der Interalliierten Rheinlandkommission ausgaben. Obwohl bewiesen war, daß die Angeklagten nicht das Recht hatten, Paßkontrolle vorzunehmen, lautete das Urteil auf Freispruch.

Die Tatsache, daß wegen des verübten Unfugs alle 4 Franzosen aus dem Dienst der Interalliierten Rheinlandkommission entlassen wurden, zeigt aufs deutlichste, daß das freisprechende Urteil zu Unrecht besteht. Aber weshalb sollten denn auch die herrlichen Taten des Tartarin am Rhein mit Strafen belohnt werden?

F. H.

Kirche und Judentum

In deutschgesinnten Kreisen regt sich seit langem kräftiger Widerspruch gegen die in manchen Kanzelreden zutage tretende unevangelische und undeutsche Vermengung christlichen und jüdischen Geistes sowie gegen die weitläufige Behandlung der unmoralischen Erzvätergeschichten und anderer alttestamentlicher Stoffe im Religionsunterricht der Schulen. Die Lehrerschaft leidet unter der Unmöglichkeit, diese Stoffe mit christlichem Geist zu erfüllen, und ihr größter Teil fordert die Ausschaltung des Alten Testaments aus den Lehrplänen. Einzelne Vorkämpfer des deutschchristlichen Gedankens, vor allem Hauptpastor Andersen, Flensburg, und Professor Adolf Bartels, stellen seit etwa 15 Jahren in Schriften und Vorträgen entsprechende Forderungen auch für die Kirche, und verlangen völkische Umbildung und Ausgestaltung des Christentums aus deutschem Geiste. Heute haben sie breite Scharen hinter sich, die in dem Juni 1921 von Studienrat Dr. Niedlich, Berlin, gegründeten „Bund für deutsche Kirche" ein Sammel- und Kampforgan erhalten haben, das den Gedanken einer Entjudung und Deutschgestaltung des Christentums als Arbeitsgemeinschaft planmäßig fördert und auch mit Hilfe des Stimmzettels bei kirchlichen Wahlen zur Geltung bringen will.

Die kirchlichen Kreise verhalten sich zu dieser, aus völkischen Gesinnungen hervorgegangenen, aber weiter ausgreifenden, übrigens interkonfessionellen Bewegung vorläufig abwartend oder ablehnend. Sie haben vergessen, daß sie während des Krieges, als die Wogen der nationalen Begeisterung hochgingen, alle die bisher von ihnen trotz De Lagarde gar nicht beachtete Forderung einer deutschen Ausprägung christlicher Ideen und Formen mehr oder weniger zustimmend erwogen haben. Namentlich die durch Chamberlain und Delitzsch bewirkte veränderte Stellung zum Alten Testament weckt hier Widerspruch. Der „Reichsbote", die in Pfarrerkreisen meistgelesene, politisch und kirchlich konservative Tageszeitung, hat Sturm geblasen und verdächtigt die Deutschkirchlichen seinem Leserkreise als Neuprotestanten und Wodangläubige. In Spandau und Eberswalde sind heftige Zeitungs-, Kanzel- und Flugblätterkämpfe entbrannt. Das Brandenburgische Konsistorium

---

Nothelf einer von der eigenen Scholle vertriebenen, eng zusammengedrängten und ungesund angeschwollenen Bevölkerung.

Diese Großstadt rächt sich wieder an ihrer hartherzigen Stiefmutter, dem Großgrundbesitz, indem sie ihm auch die letzten notwendigen Arbeitskräfte ablockt, die besitzenden Geschlechter selbst in den Bann ihres Luderlebens zieht, und schließlich in Haß und Neid auf Zerschlagung und Untergang des Großgrundbesitzes hinarbeitet.

So also wurden Großstadt und Großgrundbesitz, beides die Gegensätze, Kinder und Hilfsmittel einer unnatürlichen Wirtschaftsform, jenes unglückselige Doppelwesen, dessen Hälften in jeder Hinsicht auf Gemeinschaft angewiesen sind, beide aber durch ihre Gemütsart verflucht, sich grimmig zu hassen und tödlich zu bekämpfen, das Bild einer nicht im Himmel geschlossenen Ehe.

Arbeitsmangel und Not der Großstadt schufen in Verbindung mit dem Landheimweh des Heimatlosen in der Landsiedlung die neueste Form der Bewirtschaftung des Landes. Stadtüberdruß und Hoffnungslosigkeit will das gesunde und lohnbringende Landleben zurückerobern, der enttäuschte und müde Städter will wieder Bauer werden, um wenigstens sein Leben fristen zu können. Aber der Städter versteht nichts mehr von den Künsten der Landwirtschaft, Leib und Seele bringen die notwendigen Kräfte nicht mehr auf, auch fehlt die Grundbedingung, die Liebe zu allem, was zur Bauernwirtschaft gehört.

Da also an eine geregelte Bauernwirtschaft des entnervten Stadtmenschen gar nicht zu denken ist, so sucht er in der Kleinsiedlung sein Heil, findet und erzeugt natürlich nur Unheil, da in der Kleinwirtschaft schon an und für sich kein Segen haftet, der bei der Siedlung dazu noch durch die Unfähigkeit des Städters zur regelrechten Bauernarbeit von vornherein zum schlimmsten Fluch gewendet wird.

Die städtische Kleinsiedlung auf dem Lande verschlingt zuerst die Geldmittel des Siedlers, dann die Fruchtbarkeit des Bodens, dann die Lebenskraft von Vieh und Pflanzen und endlich die Spannkraft des Siedlers selbst. Der Städter ist eben zum Bauern verdorben, sein Heil, will er selbständig bleiben, ruht im städtischen Gewerbe als Broterwerb und im Hausgartenbau als Jungbrunnen seiner Lebenskraft und Gesundheit.

Der Rückweg zur Landfreiheit ist dem mittellosen Städter durch das Schicksal versperrt; aber in dienender Stellung könnte er vielleicht auf dem Lande seinen Unterhalt erarbeiten, als einseitig beschäftigter Arbeitsmann auf dem leutehungrigen Großgrundbesitz, der natürlich gerechte Lebensbedingungen bieten müßte.

Es ist unwesentlich, ob dieser Massenertragsbesitz staatliches, städtisches, persönliches oder gemeinschaftliches Eigentum der auf ihm Arbeitenden ist, er muß den Wohlstand der beteiligten Arbeiterschaft nach Möglichkeit sichern, nach Bauernart zuvörderst allen Lebensbedarf dieser Gemeinschaft selbst bauen, möglichst auch bis zur Gebrauchsfertigkeit selbst bearbeiten und erst nach Erreichung dieses Zieles auf Massenertrag und verkäufliche Überschüsse hinwirtschaften.

Ein solcher Großgrundbetrieb stellt an den Opfermut aller daran Beteiligten — wenigstens im Anfang — so hohe Anforderungen, daß seine lohnende Bewirtschaftung ein wahres Kunststück sein wird; er bietet aber die einzige Möglichkeit der Rücksiedlung größerer Städtermassen auf das menschenarme Land.

Dem leutearmen Großgrundbesitz selbst steht ein besserer Weg zur gesicherten Wirtschaft offen, vorausgesetzt, daß er zu beträchtlichen Opfern geneigt ist, um selbst dem von der Großstadt drohenden Schicksal zu entgehen. Der Großgrundbesitz kann den notleidenden Kleinbauernstand von seinem überschießenden Nachwuchs, der heute der Industrie verfällt, entlasten, wenn er diese außerordentlich tüchtigen und willigen Leute unter gesicherten Lebensumständen, am besten in Form einer geschlossenen Arbeitsgemeinschaft, bei sich aufnimmt, ansässig macht und gesunden läßt. Unter der geistigen Leitung des Besitzers oder der von diesem bestellten Verwaltung — die späterhin häufig aus eigenem Nachwuchs herangezogen werden könnte — würde eine solche Arbeitsgemeinschaft das uralte Vorbild der Dorfgemeinschaften in neuer Form wiederholen, bei der jede Familie ihr eigen Heim, ihr Gärtchen und etwas Kleinvieh hat, der ganze Gutsbetrieb aber gemeinschaftlich bearbeitet wird, wofür er allen Beteiligten ihre gesamte Lebensnotdurft liefert und auch nach Möglichkeit für das Gedeihen des Nachwuchses sorgt.

Würden viele Großgrundwirtschaften auf diese Weise mit Kleinbauernsprossen neu besiedelt, so dürfte in deren alter Heimat immer mehr des allerkleinsten und dürftigsten Besitzes aufgegeben werden und könnte dazu dienen, den übrigen Kleinbauernbesitz zu richtig wirtschaftlichen Bauerngehöften von gesunder Größe zu ergänzen, so daß nach und nach allem Kleinbauernelend abgeholfen, der bäuerliche Mittelstand, das wohlstehende Bauerntum vermehrt und verbreitet und endlich der Großgrundbesitz wieder mit schaffensfrohen, tüchtigen und zufriedenen Menschen bevölkert wird.

Da von einer nur auf ihr eigenes Dasein bedachten parlamentarischen Regierung gar nichts Gutes für die Gesundung der Landwirtschaft und Anbahnung eines guten Verhältnisses von Land und Stadt zu erhoffen ist, so sollten die großen landwirtschaftlichen Verbände selbst die Heilung der deutschen Landwirtschaft, ihre Befreiung, Befestigung und Wehrhaftmachung in die Hand nehmen, wozu sie Mittel genug haben, die heute im verruchten Geldgeschäft der Vergiftung des Reiches dienen.

Hilf dir selbst, deutsche Landwirtschaft, dann hilft dir Gott; du brauchst neuen Boden und gute Arbeitskräfte; beides ist zu haben für Geld und gute Worte. Geld hast du ja; also frisch ans Werk. Maulen allein hilft nicht.

Bücherschau

Eine Besprechung der eingegangenen Bücher behalten wir uns vor. Eine Rücksendung von Büchern, die weder angezeigt noch besprochen werden, findet in keinem Falle statt.

Koelsch Karl, Das spiralige Wesen der Wellen in Anwendung auf Licht und Farben. Hannover, Helwigsche Verlagsbuchhandlung, 1922.

Die „Daily Mail" berichtete kürzlich mehrfach von geheimnisvollen englischen Entdeckungen, die geeignet seien, die deutsche Farbkunde und Lichtwissenschaft gänzlich aus dem Felde zu schlagen. Die englische Reklame bringt noch keine Tatsachen, zeigt aber den Wunsch, Deutschlands Ruf auf diesem Gebiet der Forschung zu überflügeln. Inzwischen erscheint in Hannover ein deutsches Buch, das Oberstleutnant a. D. Koelsch, das zu neuen Ergebnissen über das Wesen des Lichtes und der Farben und über ihr Verhältnis zur Musik kommt. Gewichtige Einwände werden gegen Einsteins Relativitätstheorie und gegen Ostwalds Farbenlehre vorgebracht, ein Farbenkreis wird auf Grund mathematischer Berechnungen aufgestellt. Der Titel des Werkes ist vielleicht nicht glücklich gewählt, sein Inhalt sei allen Fachleuten, Licht- und Farbforschern, Mathematikern und Musikern zur kritischen Stellungnahme aufs beste empfohlen.

D.

Paul Kamke: „Der unsichtbare Kampf der Geister und die Zukunft Deutschlands." Zwei-Welten-Verlag, W. Heimberg, Stade i. H. Der Verfasser ist Mitglied der nationalsozialistischen Ortsgruppe Frankfurt a. M. Wir werden auf dieses Buch noch zurückkommen.